Was geschieht im Iran?

Ein Blick hinter die Schlagzeilen.

Die aktuelle Berichterstattung über das Geschehen im Iran ähnelt eher der Hetze gegen Feinde. Ein Vergleich mit Medien in anderen Teilen der Welt zeigt, dass regionale, iranische, asiatische und internationale Quellen in deutschen Medien nicht oder kaum vorkommen.



3. Februar 2026 · Karin Leukefeld

Leitmedien in Funk und Fernsehen und große Tageszeitungen im deutschsprachigen Raum gelten in Sachen Berichterstattung als Instanz. Erstaunlich allerdings ist es, dass sie in der Berichterstattung über zahlreiche Krisen und Kriege ihren eigenen und auch internationalen Regeln nicht gerecht werden.

Die aktuelle Berichterstattung über das Geschehen im Iran – die eher der Hetze gegen Feinde ähnelt – ist dabei nicht das einzige Beispiel dafür, dass Medien oft nicht informieren, sondern zum Sprachrohr bestimmter Interessen werden. Das zeigt ein Vergleich mit Medien in anderen Teilen der Welt, die mehr vorhandene Quellen nutzen und über den eigenen Tellerrand hinausblicken. Sie beziehen regionale, iranische, asiatische und internationale Quellen ein, lassen Minister der iranischen Regierung und Analysten zu Wort kommen, die Zusammenhang herstellen, der in hiesigen Medien nicht vorkommt.

Dabei gibt es für die journalistische Berichterstattung in Deutschland Regeln: den Pressekodex. Ausführlich wird darin in 16 Artikeln dargestellt, welche Regeln für journalistische Arbeit gelten. Es geht um „Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde“ und „Sorgfalt“, um den „Schutz der Persönlichkeiten, Schutz der Ehre, Religion und Weltanschauung“, um „Sensationsberichterstattung“, die vermieden werden soll, um „Diskriminierungen und Unschuldsvermutung“.

Die Bundeszentrale für politische Bildung, BpB hat verschiedene Hefte zur Medienpolitik veröffentlicht, die frei erhältlich sind. Eines dieser Hefte befasst sich mit den „Grundprinzipien der Medienethik“, die mit „Wahrhaftigkeit, Privatsphäre, Nichtdiskriminierung, Achtung der Menschenwürde, Vermeidung von Sensationsmache, Quellenintegrität und Transparenz bei Interessenkonflikten“ benannt werden.

In der klassischen Ausbildung lernen Journalisten, dass es bis zu sieben „W-Fragen“ gibt, die für Nachrichten und in Berichten beantwortet werden sollten, um die Glaubwürdigkeit nachzuweisen: wer (hat etwas getan); was (hat er denn getan), wo (hat er es getan), wann (hat er es getan), wie (hat er es getan), warum (hat er es getan) und woher (ist die Information)? Besonders die Frage nach der Quelle oder woher eine Information stammt, ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Quellenprüfung dient dem Wahrheitsgehalt und damit der Qualität einer Meldung oder eines Berichts. Allgemein heißt es, mindestens drei Quellen sollten einer Nachricht oder einem Bericht zugrunde liegen.

Angesichts einer chaotischen Entwicklung im Medienbereich durch soziale Medien und Künstliche Intelligenz, die zu einer großen Schnelligkeit im Nachrichten“geschäft“ führen, beschwören neue Lehrmeinungen, die „W-Fragen“ wegzulassen. Damit wird die Berichterstattung immer mehr zu einer Werbung für das, was man vermitteln wird, zu Public Relation.

Hinzu kommt eine international hoch komplexe oft unübersichtliche Entwicklung, die Hintergrundwissen und Zeit erfordert, um sie an die Öffentlichkeit zu vermitteln. In Kriegs- und Krisenzeiten kommen politische und wirtschaftliche Interessen hinzu, die zunehmend – auch in Europa – mit dem Unterdrücken anderer Perspektiven gestärkt werden sollen. Medien aus anderen Teilen der Welt werden verboten, Journalisten diffamiert und seit einigen Monaten sollen Journalisten und Analysten von der EU-Kommission mit sogenannten „Sanktionen“ zum Schweigen gebracht werden.

Um das vor der Öffentlichkeit zu begründen oder zu rechtfertigen, werden so genannte „Fakten-Checker“ als besonders hochwertige Prüfinstanz eingestuft, um „Fälschungen“ von „Fakten“ zu unterscheiden. Die ARD hat beispielsweise ein eigenes Ressort „Faktenfinder“ eingerichtet, um den eigenen Meldungen Glaubwürdigkeit zu verleihen. In Brüssel gibt es ein „DesInformations Lab“, wo u.a. ein „Fact-checking project“ Standards für „Fakten“ für die EU ausarbeitet. Die „Fakten-Checker“ arbeiten im Auftrag ihrer Geldgeber, was sie tatsächlich in einen Interessenskonflikt bringen könnte. Wer überprüft sie?

In Deutschland und Europa schein eine neue Klasse von Journalisten zu entstehen. Neben den „Fakten-Checkern“ gibt es einen „privilegierten“ Journalismus, bei dem ausgewählte akkreditierte Journalisten privilegierte Informationen bei der EU-Kommission, der NATO, bei der Münchner oder anderen Sicherheitskonferenzen oder bei der Begleitung von Kanzler und

Ministern auf Reisen erhalten.

Fernsehanstalten und Printmedien geben sich zudem eigene Regeln, die für ihre Redaktionsangestellten gelten. So legte die ARD im Oktober 2023 zur „internen Nutzung“ ein „Glossar zur Berichterstattung im Nahostkonflikt“ auf, wo für Mitarbeiter und Korrespondenten eine Sprachregelung festgelegt wurde. Das 44 Seiten umfassende Glossar erschien am 18.10.2023, 10 Tage nach dem Angriff palästinensischer Milizen auf israelische Dörfer östlich des Gaza-Streifens. Am gleichen Tag noch begann Israel einen mehr als zwei Jahre dauernden Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung des palästinensischen Küstenstreifens.

„Faktencheck“, Sprachregelungen und privilegierter Journalismus haben besonders in Kriegs- und Krisenzeiten Hochkonjunktur, denn die öffentlich zugängliche Information wird stark von Interessen der Regierungen, Unternehmen, von Herrschenden und herrschenden Bündnissen geprägt. Wenn Medien und Berichterstatter sich von den herrschenden Interessen nicht deutlich distanzieren oder diese Interessen mit anderen Perspektiven ergänzen, wird Information zur Propaganda.

Ungeprüfte Todeszahlen zu verbreiten und zu sagen, die Zahlen könnten in Kriegs- und Krisengebieten nicht überprüft werden, reicht nicht. Was nicht überprüft werden kann – und Angaben von Organisationen, die im Fall Irans in Norwegen oder in den USA sitzen, sind nicht zu überprüfen – sollte den journalistischen Regeln entsprechend nicht übernommen werden.

Was also wissen wir über den Iran und seine Gesellschaft? Was ist bekannt über die wechselhafte Geschichte des Landes, das wegen seines Ölreichtums und der geostrategisch bedeutsamen Lage seit dem Ende des 2. Weltkrieges im Visier von USA und Großbritannien ist?

Hintergrund Iran

91,5 Mio Einwohner (Quelle: Weltbank), etwa zur Hälfte Frauen und Männer. Hoher Bildungsstand der Frauen, die mehr als 60 Prozent der Hochschulabsolventen ausmachen. Stadt--Land-Gefälle. Das Land verfügt über Kohle, Öl, Gas, Eisen, Chrom, Mangan, Blei und Zink. Iran hat Außengrenzen zu 11 Ländern: Pakistan, Afghanistan, Turkmenistan, Aserbeidschan, Armenien, Türkei, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate). Iran grenzt an drei Meere: Kaspisches Meer im Norden, Persischer Golf im Westen, der über die Straße von Hormus mit dem Golf von Oman im Süden verbunden ist.

Seit Beginn des US-geführten „Krieg gegen den Terror“ im Jahr 2001, hat Iran 3,6 Mio Flüchtlinge aufgenommen. Die überwiegende Mehrheit kommt aus Afghanistan, weniger aus Irak. 20.000 Iraker und rund 2,6 Mio Afghanen sind offiziell im Iran als Flüchtlinge registriert. Nicht registriert sind rund 1 Mio Afghanen.

Iran gehört zu den 51 Staaten, die von den „Großen Vier“ China, Großbritannien, UdSSR und USA 1945 eingeladen worden waren, die Vereinten Nationen zu gründen. Iran unterzeichnete die UN-Charta am 26. Juni und ratifizierte die Charta am 16. Oktober 1945.

Iran ist seit 2024 Mitglied bei BRICS, ein Bündnis, in dem sich Länder des Globalen Südens zusammengeschlossen haben, um dem politischen und wirtschaftlichen Druck aus den USA gemeinsam Grenzen aufzuzeigen. Iran ist seit 2023 Mitglied in der Schanghai Koordination

für Kooperation. Mit Russland und China gibt es umfangreiche, auch militärische Abkommen.

Die wichtigsten Handelspartner des Iran sind China, Irak, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Türkei. Weniger Handel hat Iran mit Afghanistan, Pakistan, Oman, Indien, Russland und Turkmenistan, wie die Weltbank schreibt.

1953 verstaatlichte der iranische Ministerpräsident Mohamed Mossadegh die iranischen Ölquellen. CIA (USA) und MI6 (Großbritannien) organisierten einen Putsch, Mossadegh wurde entmachtet. Das Öl wurde wieder von US-Unternehmen kontrolliert. Unter der Führung des Schah Reza Pahlevi war Iran fest mit den USA und EU-Staaten sowie Israel verbündet.

Im Januar 1979 verließ der Schah den Iran, er war von einer Islamischen Revolution gestürzt worden. Ihr Führer Ayatollah Ruhollah Khomeini kehrte am 1. Februar 1979 aus dem französischen Exil in den Iran zurück. Im April 1979 wurde die Verfassung des Landes geändert, Iran wurde zur Islamischen Republik. Es folgte eine unruhige Geschichte.

Ein Blick hinter die Schlagzeilen

Die jüngsten Unruhen begannen am 28. Dezember 2025. Auslöser war der Sturz des iranischen Rial an der Börse in Dubai, wo er 30 Prozent seines Werte verlor. Die Unternehmer des Bazars, des großen Marktes in Teheran, protestierten gegen den massiven Wertverlust der iranischen Währung. Die Regierung hatte die Händler beim Kauf und Verkauf von Waren mit subventionierten US-Dollar im Ausland unterstützt, was bei dem massiven plötzlichen Wertverlust nicht mehr eingehalten werden konnte.

Die Regierung signalisierte Verständnis für den Unmut der Händler, in Gesprächen und Verhandlungen sollte eine Lösung gefunden werden. Und man fand eine Lösung, die Händler öffneten ihre Geschäfte wieder. Allerdings hatten sich einfache Demonstranten aus allen Gesellschaftsteilen den Protesten der Händler angeschlossen. Die wirtschaftliche Situation ist aufgrund der langjährigen US- und EU-Sanktionen angespannt. Finanzielle Misswirtschaft machte die Lage nicht besser.

Was dann geschah war ein Aufstand, der von Geheimdiensten dirigiert war. Der Plan war mit großer Wahrscheinlich vom israelischen Mossad und der US-amerikanischen CIA entworfen worden. Bei ihrem Treffen in Florida Ende Dezember 2025 könnten Trump und Netanyahu sich geeinigt haben. In Israel waren Medien sich sicher, dass man von Trump „grünes Licht“ für einen Angriff auf Libanon und auf Iran bekommen habe. Die CIA überwacht ohnehin das ganze Gebiet, der Mossad verfügt über zwei große Basen in Erbil im Nordirak und in Aserbeidschan. Der Weg zum Irak von dort ist nicht weit.

Alastair Crooke, langjähriger britischer Diplomat bei der Europäischen Union und Geheimdienstoffizier des MI6, skizziert auf seinem Blog Conflicts Forum die einzelnen Schritte, die innerhalb kürzester Zeit die Lage eskalierten und zu einem bewaffneten „Regime Change“ führen sollten. Der Ruf „Khamenei beseitigen“ folgte in Europäischen Think-Tanks und Medien, kurz nachdem eine Spezialeinheit der USA-Armee den venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro und seine Frau Cilia Flores in Caracas entführten und in die USA verschleppt hatten.

Während sich die iranischen Proteste in erster Linie gegen die schlechte wirtschaftliche Lage

richteten, wurde in westlichen Hauptstädten und Leitmedien ein „Sturz des Regimes“ in Teheran als „kurz bevorstehend“ bezeichnet, sofern die USA und Europa den Demonstranten helfen würden. Man stehe mit geladenem Gewehr an ihrer Seite, so US-Präsident Trump, Hilfe sei auf dem Weg. Die Demonstranten wurden aufgefordert, iranische Verwaltungsgebäude einzunehmen, kurz darauf brannten Regierungsstellen und Banken.

Die türkische Armee informierte den Iran über bewaffnete Aufständische, die aus dem kurdischen Nordirak über Kermanshah im westlichen Iran vordrangen. Der Iran tötete die meisten von ihnen, wurde aber von den Aufständischen, die sich landesweit unter Demonstranten mischten und rohe Gewalt einsetzten, überwältigt. Auf wackeligen Videobildern war das zerstörerische Vorgehen festgehalten: Geschäfte, Autos, Feuerwagen und Moscheen gingen in Flammen auf. Aus den hinteren Reihen oder von seitwärts der Demonstrationen wurde auf die iranischen Sicherheits- und Polizeikräfte geschossen. Die schossen ihrerseits zurück und trafen nur selten die eigentlichen Schützen, sondern einfache Demonstranten.

Deutsche Politiker wie Außenminister Johann Wadepfuhl und Bundeskanzler Friedrich Merz frohlockten, dass das Ende des „Mullah-Regimes“ kurz bevorstehe. Die massiven Proteste gegen das „Ayatollah-Regime“ nannte Wadepfuhl eine Folge der EU Sanktionen: „Das heißt: Sanktionen wirken und auf diesem Weg sollten wir weiter vorangehen.” Der ehemalige französische Außenminister Domenique de Villepin warnte derweil vor einer ausländischen Intervention im Iran und plädierte im Interview mit Euronews Englisch für Gespräche.

Bundeskanzler Merz wiederum erklärte auf seiner Indienreise, er gehe davon aus, dass „Regime ist faktisch am Ende“. Deutschland koordiniere sich eng mit den USA und im E3-Format (Deutschland, Frankreich, Großbritannien), die Außenminister seien eng miteinander im Gespräch. Es könne nur noch „wenige Tagen oder Wochen“ dauern, so Merz. T-Online fragte darauf hin: „Was weiß Merz?“

Iran stellte das Internet ab, um Kontakte mit dem Ausland zu unterbinden. Israel und die USA aktivierten Starlink-Verbindungen, die allerdings rasch – mit Technologie aus China und Maschinen aus Russland – erfolgreich von Iran blockiert wurden. Rund 40.000 Starlink-Einheiten seien innerhalb kürzester Zeit effektiv stillgelegt worden, berichtet Alastair Crooke unter Berufung auf iranische Sicherheitsfirmen. Die Starlink-Einheiten, die mit einem kleinen Solarmodul ausgestattet sind, waren illegal in den Iran gebracht worden und konnten von iranischen Sicherheitsbehörden in Lagerhäusern konfisziert werden. Damit war die Verbindung zwischen den gewalttätigen Gruppen und ihren Anstiftern im Ausland unterbrochen. Die Demonstrationen ebbten auch wegen der enormen Gewalt und Zerstörung und wegen der vielen Todesopfer ab.

Der iranische Außenminister Abbas Aragchi erklärte am 12. Januar, der Iran habe Audiobotschaften aufgefangen, die aus dem Ausland gekommen seien. Die Anrufer hätten den Empfängern gesagt, sie sollten das Feuer eröffnen, solange sie unter den Demonstranten seien. „Wenn Ihr auf die Polizei schießen könnt, tut das. Wenn das nicht geht, schießt auf irgendjemanden. Und wenn das nicht geht, schießt auf das Mädchen oder den Jungen, der direkt vor Dir ist.“

Offizielle Zahlen

Aliireza Zakani, der Bürgermeister von Teheran, bezifferte am Mittwoch die Schäden in der Hauptstadt auf eine Summe von mehr als 20 Millionen US-Dollar. Die Verwüstung sei von gewaltsamen Terroristen verübt worden, sie sich unter die „friedlichen Proteste wegen der schweren Wirtschaftslage“ gemischt hätten, so Zakani.

Die Schäden an der Infrastruktur, auch am öffentlichen Transportnetz betrügen fast 39 Billionen Rial. 89 Busse seien angezündet worden, 57 davon seien so sehr beschädigt, dass einige aus dem Verkehr gezogen werden müßten. Zwei Gebäude der Stadtverwaltung und acht neu gekaufte Feuerwagen seien zerstört worden. Man bereite eine vollständige Liste des beschädigten Eigentums vor, die Verwaltungsbehörde werde darüber entscheiden, in welcher Höhe Reparaturen und Entschädigungen gezahlt werden könnten.

Der Gouverneur der Provinz Teheran sagte, rund 1000 private und öffentliche Fahrzeuge seien zerstört oder beschädigt worden. Darunter seien 54 Krankenwagen und 71 Löschfahrzeuge. 44 Moscheen, 26 Regierungsgebäude, Häuser und Geschäfte seien in Teheran und Umgebung zerstört oder beschädigt worden. Die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete über große Schäden an der städtischen Infrastruktur aus Rasht im Norden, Mashhad im Osten und Kerman im Süden.

Die iranische Regierung machte Washington und Tel Aviv für die Verwüstungen verantwortlich. Sie hätten den öffentlichen Ärger über die schlechte wirtschaftliche Lage im Iran seit dem 12-Tage-Krieg Israels und der USA gegen Iran instrumentalisiert. Außenminister Aragchi erklärte, angebliche Hinrichtungsbefehle durch Erhängen im Schnellverfahren werde es nicht geben.

Bei den Vereinten Nationen reichte Iran am vergangenen Mittwoch eine offizielle Beschwerde bei UN-Generalsekretär Antonio Guterrez ein. Amir Saed Iravani, der iranische UN-Botschafter, bezog sich in dem Schreiben auf Aussagen von US-Präsident Donald Trump, mit denen dieser offen zur Gewalt im Iran aufgerufen und mit einer militärischen Intervention gedroht habe. „Iranische Patrioten, protestiert weiter, übernehmt Eure Institutionen! Hilfe ist auf dem Weg“ habe Trump erklärt und damit ausdrücklich die Menschen aufgefordert, die Lage politisch zu destabilisieren, anzuheizen und zu Gewalt aufgerufen. Das sei eine Bedrohung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Sicherheit des Iran, so der Botschafter.

Nicht nur für Medien, auch für Politiker und Regierungen aller 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen gibt es Regeln: die UN-Charta. Angesichts der Erfahrung der zwei großen Kriege (1914/18 und 1939/45) verspricht die Präambel die Verpflichtung zum Frieden und erklärt für alle Menschen und für alle Staaten, groß und klein, Gleichberechtigung, Souveränität, Respekt der Grenzen und Sicherheit fest. Der Iran hält sich mit seinem Vorgehen im UN-Sicherheitsrat daran, die USA, Israel und andere Staaten im US-Orbit haben – basierend auf ihren eigenen Interessen – ihre eigene „Regel-basierte Ordnung“ entwickelt, die sich über die UN-Charta und internationale Abkommen hinwegsetzen will.

Die Toten werden beerdigt

Während deutsche Medien Stimmen für einen „Regime-Change“ und neue Sanktionen gegen

Iran noch eine breite Bühne geben, haben im Iran die Beerdigungen begonnen. Um einen Eindruck des Trauermarsches in Isfahan zu bekommen, verfolgt die Autorin iranische Fernsehaufnahmen. Man sollte genau auf die Bilder sehen. Jung und alt laufen in losen Reihen. Manche Frauen mit schwarzer Abaja, manche Frauen mit Hosen und halblangen Mänteln, die einen Schal leicht über das Haar geworfen haben. Der iranische Reporter spricht sie an, die meisten sprechen stolz über ihr Land und sind dennoch erschüttert. Junge und alte Männer marschieren in dem Trauerzug mit. Bilder der Toten sind auf Transparente vergrößert, dazwischen immer wieder Lautsprecherwagen, die große Bilder des Religionsführers Ali Khamenei und von General Qasim Solimani zeigen. Der Kommandeur der Quds-Brigade in den iranischen Revolutionsgarden war vor fast genau 5 Jahren, Anfang Januar 2020 von der Trump-Administration mit einem Drohnenangriff am Flughafen von Bagdad ermordet worden.

Auf einem dieser Wagen vorne steht ein noch junger Mann, der ein DIN A4 großes Bild hochhält. Er selber trägt schwarz, das Bild ist in Farbe. Es zeigt ein kleines Mädchen unter einer Girlande von bunten Luftballons. Ihr langes schwarzes Haar fällt über die Schultern, als sie sich in einem weiten, weißen Kleid dreht und strahlt. Die Schrift darunter ist für die Betrachterin der Filmaufnahmen nicht zu erkennen. In Farsi, der Landessprache im Iran, wird vermutlich ihr Name stehen, und was ihr widerfahren ist. Der Mann weint.

Unter den Toten, die die Iraner in allen Städten des Landes dieser Tage zu Grabe tragen, sind Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer, Angehörige der iranischen Sicherheitskräfte, Busfahrer, Händler, sie kommen aus allen Teilen der Gesellschaft. Auch ein Polizist, der von den Provokateuren zu Tode getrampelt wurde, wird seine Ruhe finden. Die Namen der meisten werden für Außenstehende unbekannt bleiben. Alle hinterlassen Familie, Angehörige, die nicht wissen, welche Zukunft sie erwartet.

Und eine aktuelle Ergänzung

Am Donnerstagabend – 15.1.2026 – befasste sich in New York der UN-Sicherheitsrat mit der Lage im Iran. Die UN-Berichterstatterin und beigeordnete UN-Generalsekretärin Martha Pobee fasste in einer kurzen Erklärung die bekannten Tatsachen zusammen und warnte vor Eskalation. Sie erinnerte an die Prinzipien der UN-Charta und an die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, Konflikte friedlich beizulegen. Die Androhung von Gewalt oder der Einsatz von Gewalt sei in internationalen Beziehungen zwischen den Staaten verboten. „Diese Prinzipien sind keine abstrakten Ideale“, so die UN-Berichterstatterin. Sie seien „das Fundament für internationalen Frieden und Sicherheit. Das gilt heute ebenso wie zu der Zeit, als die Vereinten Nationen gegründet wurden.“

Ganz anders äußerte sich die US-amerikanisch-iranische Journalistin Mahsih Alinejad. Die international bekannte und aktive Gegnerin der iranischen Regierung lebt seit 2009 im Exil in New York und machte in einer ausführlichen Anklage gegen die iranische Regierung aus ihrer Verachtung keinen Hehl. Die Islamische Republik verhalte sich „wie der Islamische Staat“, erklärte sie und forderte, dass der Iran auch so behandelt werden müsse, wie der Islamische Staat.

US-Botschafter Waltz griff die Forderungen auf und erklärte, im Weißen Haus seien „alle Optionen auf dem Tisch, um das Gemetzel zu stoppen“. Präsident Donald Trump sei ein Mann

der Tat und nicht des nutzlosen Geredes, wie es bei den Vereinten Nationen üblich sei. Der Vertreter Russlands forderte die „Hitzköpfe“ in Washington auf, zur Vernunft zu kommen und der Vertreter Chinas erklärte, die „direkten Drohungen von US-Präsident Donald Trump gegen Iran“ müßten gestoppt werden.

Hier der Link zum kompletten Mitschnitt des Treffens in der UNO.

Der Artikel ist zunächst bei Global Bridge erschienen. Wir bedanken uns für die freundliche Übernahmeerlaubnis.